

MÜNDLICHE ANFRAGE MIT AUSSPRACHE O-0067/03
gemäß Artikel 42 der Geschäftsordnung
von María Avilés Perea im Namen der PPE-DE-Fraktion
an die Kommission

Betrifft:EUROSTAT

Präsident Prodi erörterte EUROSTAT mit der Konferenz der Präsidenten und Mitgliedern des Haushaltskontrollausschusses am 25. September und bot an, weitere Fragen zu dieser Affäre, soweit erforderlich, zu beantworten.

1. Warum reagierten die Kommissionsmitglieder so langsam auf die immer deutlicher werdenden Anzeichen einer Krise bei EUROSTAT? Konkret:
 - a) Warum waren die Wege des Informationsflusses der Kommission so unzureichend, dass die Kommissionsmitglieder offensichtlich von negativen Berichten der Innenrevision, Befassungen oder Ermittlungen von OLAF und der Anrufung einzelstaatlicher Gerichte durch OLAF keine Kenntnis hatten?
 - b) Warum wurden die wiederholten Versuche von Personen, die Missstände/Fehlverhalten anzeigten ("whistleblowers"), um Präsident Prodi und andere Kommissionsmitglieder auf Probleme bei EUROSTAT hinzuweisen, solange ignoriert; welche Vorschläge hat die Kommission für die Lösung der ausstehenden "whistleblower"-Fälle?
 - c) Welche Maßnahmen sollte man von einem Kommissionsmitglied erwarten, wenn Verdachtsmomente hinsichtlich der Tätigkeiten einer Generaldirektion auftreten, wenn es beispielsweise einen negativen Bericht der Innenrevision sieht und/oder Informationen von einem "whistleblower" erhält? Ist "Passivität" eine geeignete oder akzeptable Reaktion auf solche Probleme? An welchem Punkt wird "Passivität" zu Fahrlässigkeit?
 - d) Stand das Nichttätigwerden der Kommission angesichts immer eindeutigerer Hinweise auf die Krise bei EUROSTAT im Einklang mit der Politik von Null-Toleranz bei Betrug und Missmanagement?
2. Ist die Kommission der Auffassung, dass die Kommissionsmitglieder die politische Verantwortung für die Handlungen ihrer Generaldirektoren übernehmen müssen? In welcher Beziehung steht diese Politik zum Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder, und erfüllt sie die Kriterien des "Ausschusses Unabhängiger Sachverständiger"?
3. Warum führten die von dieser Kommission eingeleiteten Reformen erst vier Jahre nach ihrem Amtsantritt zur Aufdeckung dieser Probleme, wodurch es möglich war, dass diese inakzeptablen Praktiken bis zum Sommer dieses Jahres andauerten, obwohl genügend einschlägige Informationen vorlagen?
4. Ist die Kommission der Meinung, dass Anhang 3 der Rahmenvereinbarung bei der Übermittlung von Informationen an das Europäische Parlament korrekt angewendet wurde, und wie können solche Verfahren in Zukunft ablaufen?
5. Welche Maßnahmen müssen nun getroffen werden, um die systemimmanenten Probleme zu lösen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit von Kommissionsmitgliedern, dem Informationsfluss, der Rolle von OLAF und der Überarbeitung der Rahmenvereinbarung (Anhang 3)? Meint die Kommission, dass die Beziehungen zu OLAF

klargestellt werden sollten, indem es zu einer unabhängigen Einrichtung gemacht wird?

Eingang: 16.10.2003

Weiterleitung: 20.10.2003

Fristablauf: 27.10.2003